

Ihr Halle vierteljährlich bei zweimaliger
Zahlung 2,50 M., durch die Post
2,75 M., einschließlich Zustellungsgebühr.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnisse
unter „Saale- Zeitung“ eingetragen.

Für unerkannt eingehende Remittenten
wird keine Gewähr übernommen.
Kontostrom mit zwei Quittungen: „Saale-
Zeitung“ gefastet.

Redaktions- und Verlags-Adresse: Nr. 1140;
der Geschäftsstelle: Nr. 1140; der
Korrespondenten-Geschäftsstelle: Große Ulrichs-
straße 63 I; Leipziger Str. 500 A. 101.

Saale-Beitung.

Rechenberichtigter Jahrgang.

werden die Spaltenpreise oder deren
Raum mit 20 Sp. für jede Zeile mit
20 Sp. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von
unseren Annahmestellen und allen
Annoncen-Expeditoren angenommen.
Retikulation die Zeile 75 Pf. für Halle
und Potsdam 1 M.
Spenden täglich einmal,
Sonntag und Montag einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle: Gr. Ulrichstraße 63, I;
Korrespondenten-Geschäftsstelle: Große
Ulrichsstraße 63, I; Leipziger Str. 500 A. 101.

Entwurf eines Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb.

Dem Reichstag ist der vom 8. d. Mts. datierte Ent-
wurf eines Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb zu-
gegangen. Er umfaßt 28 Paragraphen nebst ausführlicher
Begründung. Wir heben, nach der „Nordd. Allg. Ztg.“,
die wichtigsten Bestimmungen hervor. Zu einer kritischen
Würdigung des Gesetzentwurfes kommen wir in den
nächsten Tagen. Das jetzige Gesetz gegen den unlauteren
Wettbewerb vom Jahre 1896 trant bekanntlich
— wie unsere ersten Juristen selbst zu-
geben — an gabelstich inneren Widersprüchen,
es beruht nicht so wenig die Praxis und schlägt dem ge-
wöhnlichen Rechtsbewußtsein des wertmäßigen Handel
und Gewerbe treibenden Volkes so oft ins Gesicht, daß das
Parlament alle Ursache hat, sich recht gründlich den neuen
Entwurf anzusehen. Nachstehend einige Paragraphen:

§ 1 lautet: Wer in öffentlichen Bekanntmachungen oder
in Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Per-
sonen bestimmt sind, über geschäftliche Verhältnisse, ins-
besondere über die Beschaffenheit, den Ursprung, die Her-
stellungsart oder die Preisbestimmung von Waren oder ge-
werblichen Leistungen, über die Art des Bezuges oder die
Bezugsquelle einer Ware, über den Besitz von Auszeich-
nungen, über den Anlaß oder den Zweck des Verkaufes un-
richtige Angaben tatsächlicher Art macht, die geeignet sind,
den Anschaffenden ein falsches günstiges Ansehen zu
erwecken oder zu erhalten, kann auf Unterlassung der unrichti-
gen Angaben in Anspruch genommen werden. Dieser An-
spruch kann von jedem Gewerbetreibenden, der Waren oder
Leistungen gleicher oder veränderter Art herstellt oder in
den geschäftlichen Verkehr bringt, oder den Verhältnissen zur
Förderung gewerblicher Interessen geltend gemacht werden,
soweit die Verbände als solche in bürgerlichen Rechts-
verhältnissen stehen können. — Neben dem Anspruch auf
Unterlassung der unrichtigen Angaben haben die vorerwähnten
Gewerbetreibenden auch Anspruch auf Ersatz des durch die
unrichtigen Angaben verursachten Schadens gegen den
Betroffenen, welcher die Angaben gemacht hat, falls dieser
ihre Unrichtigkeit kannte oder kennen mußte. Der Anspruch
auf Schadensersatz kann gegen Redakteure, Verleger, Drucker
oder Verbreiter von periodischen Druckschriften nur geltend
gemacht werden, wenn sie die Unrichtigkeit der Angaben
kannten.

Auch § 2 ist der Unterlassungsanspruch gegen den Be-
treiberinhaber auch begründet, wenn keine Angekündigten oder
Beauftragten solche unrichtigen Angaben machen. — § 3 be-
stimmt: Wer in der Absicht, den Anschein eines besonders
günstigen Angebots hervorzurufen, in öffentlichen Bekannt-
machungen oder in Mitteilungen, die für einen größeren
Kreis von Personen bestimmt sind, über geschäftliche Ver-
hältnisse, insbesondere über die Beschaffenheit, den Ursprung,
die Herstellungsart oder die Preisbestimmung von Waren oder
gewerblichen Leistungen, über die Art des Bezuges oder die
Bezugsquelle von Waren, über den Besitz von Auszeich-
nungen, über den Anlaß oder den Zweck des Verkaufes un-
wissenschaftlich unwahre und zur Verführung geeignete An-
gaben tatsächlicher Art macht, wird mit Geldstrafe bis zu
5000 Mark oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.
§ 5: Öffentliche Bekanntmachungen oder Mitteilungen,
die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind,
über den Verkauf von Waren, die aus einer Konturmasse
hergestellt, müssen klar erkennen lassen, ob die zum Verkauf
gestellten Waren noch zum

Bestande der Konturmasse
gehören oder sich bereits in anderer Hand befinden. Zu-
widerhandlungen werden mit 5000 Mark oder mit Gefängnis
bis zu 1 Jahre bestraft.

§ 6 bestimmt, daß bei Ausverkauf der Grund
des Ausverkaufs anzugeben ist. Durch die höhere Verwal-
tungsbehörde kann für die Ankündigung bestimmter Arten
von Ausverkäufen angeordnet werden, daß zuvor bei der von
ihm zu bezeichnenden Stelle Anzeige über den Grund des
Ausverkaufs und den Zeitpunkt seines Beginns zu erstatten,
sowie ein Verzeichnis der ausverkauften Waren einzu-
reichen ist. — § 7. Mit Geldstrafe bis zu 5000 Mark oder
mit Gefängnis bis zu 1 Jahre wird bestraft, wer im Falle
der Ankündigung eines Ausverkaufs Waren zum Verkauf
stellt, die nur für den Zweck des Ausverkaufs herbeigeschafft
worden sind, oder für deren Verkauf der bei der Ankündi-
gung angegebene Grund des Ausverkaufs nicht zutrifft.

Nach § 8 werden mit Geldstrafe bis 150 Mark bestraft, die
den Bestimmungen des § 6 zuwiderhandeln.

In § 9 wird festgelegt, daß der Ankündigung eines Aus-
verkaufs im Sinne der §§ 6, 7 und 8 jede sonstige Ankündi-
gung gleichstellt, welche den Verkauf von Waren wegen
Beendigung des Geschäftsbetriebes, Aufgabe einer einzelnen
Warenart oder der Räumung eines bestimmten Waren-
vorrates aus dem vorhandenen Bestande betrifft. Auf
Geldstrafe bis 150 Mark wird bestraft, wer die Ankündi-
gung als solche bezeichnet werden und im ordentlichen Geschäfts-
verkehr üblich sind, finden die Vorschriften der §§ 6 bis 8
keine Anwendung. Durch die höhere Verwaltungsbehörde
kann Zeit und Dauer der üblichen Ankündigungen und Inven-
turanzeige bestimmt werden. — In der Begründung
zu diesen Paragraphen wird darauf hingewiesen, daß man
zu diesen Mitteilungen aus den betreffenden Kreisen
habe annehmen müssen, daß die gegenwärtige Fassung des
Gesetzes zur sicheren Bestimmung schwindelhafter Ausver-
käufe nicht ausreicht. Der Entwurf beschäftigt deshalb, die

in diesen Fällen über die Tragweite des geltenden Rechtes
in der gerichtlichen Praxis entstandenen Zweifel durch aus-
drückliche Vorschriften zu beseitigen. Er schreibt deshalb zu-
nächst vor, daß die einschlägigen Bekanntmachungen klar er-
kennen lassen müssen, ob die zum Verkauf gestellten Waren
noch zum Bestande der Konturmasse gehören oder sich be-
reits in anderer Hand befinden. Ferner ist das Nachschub-
verbot für Ausverkäufe grundsätzlich ausgeschlossen, und
zwar soll das Verbot nicht nur den eigentlichen Nachschub
von Waren nach der Ankündigung des Ausverkaufs, sondern
auch den Fall der mittelbaren Ergänzung des Lagers vor
der Ankündigung treffen. Die Möglichkeit der Zufälligkeit der
Ankündigung eines Ausverkaufs von einer politischen Ge-
nehmigung abhängig zu machen, konnten schon deswegen nicht
befriedigt werden, weil Anlaß, Arten und Form der Aus-
verkäufe so überaus verschieden sind, daß unrichtige Ent-
scheidungen und Mißgriffe der Behörden nicht ausbleiben
könnten.

§ 11: Wer zu Zwecken des Wettbewerbes über das Er-
werbsgeheimnis eines anderen, über die Person des Inhabers
oder Leiters des Geschäfts, über die Waren oder gewerbli-
chen Leistungen eines anderen Behauptungen in tatsächlicher
Art aufstellt oder verbreitet, die geeignet sind, den
Betrieb des Geschäfts oder den Kredit des Inhabers zu
schädigen, ist, sofern die Behauptungen nicht erweislich wahr
sind, dem Verletzten zum Ersatz des entstandenen Schadens
verpflichtet. Diese Bestimmung findet keine Anwendung,
wenn der Mittelende oder Empfänger der Mitteilung an
sich ein berechtigtes Interesse hat. Zwischenhandlungen werden
mit 5000 Mark oder ein Jahr Gefängnis bestraft. —
§ 12: Mit Geldstrafe bis 5000 Mark oder Gefängnis bis zu
einem Jahre wird bestraft, wer als Angestellter, Arbeiter
oder Lehrling eines Geschäftsbetriebes Geschäfts- oder Be-
triebsgeheimnisse, die ihm vermöge des Dienstverhältnisses
anvertraut oder sonst zugänglich gemacht worden
sind, während des Dienstverhältnisses unbefugt an
andere zu Zwecken des Wettbewerbes oder in der Absicht,
dem Inhaber des Geschäftsbetriebes Schaden zuzufügen, mit-
teilt. Anstiftung zum Vertrauensbruch werden mit 2000 Mark
Geldstrafe oder 9 Monaten Gefängnis bestraft.

Aus den übrigen Bestimmungen sei hervorgehoben, daß
in Fällen der §§ 3, 5, 7 die Strafe öffentlich bekannt ge-
macht und neben der Strafe auf Verlangen des Verletzten
auf eine Buße bis zu 10000 Mark erkannt werden kann.
§ 15 lautet: Mit Geldstrafe bis zu 5000 Mark oder mit Ge-
fängnis bis zu einem Jahre wird bestraft, wer die ihm zwecks
Ausführung gemeinsamer Aufträge angetrauten
Konturen, insbesondere Zeichnungen, Modelle, Schablonen,
Schnitte zu Zwecken des Wettbewerbes unbefugt
verwertet oder an andere mitteilt. — Diese Bestimmung
ist getroffen worden, weil aus den Kreisen der Strickerei
und Spinnindustrie über den Mißbrauch Klage geführt
wurde, der von Unternehmern mit den ihnen von den
Fabrikanten zur Ausführung von Aufträgen übergebenen
Schablonen getrieben wird. Mehrfache Mißbräuche kommen
auch auf anderen Industriezweigen vor.

Deutsches Reich.

Soz. und Personalsnachrichten.

— Das Kaiserpaar hat sich vorgestern nachmittag von
Berlin wieder nach dem Neuen Palais begeben.
— Die Westminster Gazette in London meldet: Nach den
gegenwärtigen Absmachungen werden der König und die Königin
zu ihrem offiziellen Besuch in Berlin am Montag,
den 8. Februar, von London abreisen. Nach der Ueberfahrt von
Dover nach Calais fahren die Majestäten mit königlichem Sonder-
zug über Brüssel, Köln und Hannover. Sie verweilen drei
Tage in Berlin und kehren am Sonnabend, den 13. Februar, auf
bemselben Wege wie bei der Hinfahrt nach London zurück.

Der Erzherzog-Thronfolger.

— Ueber den Erzherzog-Thronfolger von Oesterreich
Franz Ferdinand, der nach Mitteilungen ausländischer
Blätter streng kirchlich geglaubt sein soll, erzählt die „N. Z.
am Mittag“:

Politisch legte er sich die strengste Reserve auf, und es
war ihm gänzlich verfehlt, ihn als Spionist irgend einer
Partei hinzustellen; er wird sich, aus Takt und Laktik, nie
einer Partei verschreiben, ihr einen Wechsel auf Sicht stellen,
so sehr er auch zu ihr hinneigen mag, so religiös er auch ist.
Aus dieser Reserve, die ein Monarch haben muß, tritt er
auch in Hinsicht auf die Nationalitätenfrage nicht heraus;
sein Ungarn- und Deutschensinn, seine Vorliebe
für Polen und Tschechen sind nichts als Annemerkungen, um
Kinder zu lehrenden. Ein zukünftiger Kaiser von Oesterreich
muß den Willen und die Kraft haben, allen Nationalitäten
einer Reihe gleich nach oder gegen sich zu stehen, wie man
das Verhältnis lieber ausdrücken will. Nationalitätslos
braucht er deswegen nicht zu sein und muß die Klugheit ihn
lehren, gerecht zu sein; trotzdem kann er aber — und der
Erzherzog hat es getan — das Wort sagen: „Schließlich
sind wir Habsburger eine deutsche Dynastie!“
Er nimmt auch nur den Einfluß für sich in Anspruch in
den wichtigsten Fragen, den der Monarch ihm freiwillig ein-
räumt. Dieser Einfluß machte sich zweimal bemerkbar: in
offizieller Weise beim Ausgleich mit Ungarn, wo der
Kaiser den Rat und die Zustimmung des Thronerben heischte,
und in einer offiziellen, als diesen Sommer galt,
Deutschland die Treue zu wahren, da eine interna-
tionale Clique verfuhrte, eine deutschfeindliche Intrigue
in Oesterreich anzuspinnen.

Die Gesellschaftsteuer.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt offiziös: Die Zeitungs-
nachricht, die Regierung beabsichtigt, die Gesellschaftsteuer
zurückzugeben und durch eine Erhöhung der Stempelsteuer
zu ersetzen, entspricht nicht den Tatsachen. Die
Regierung hält vielmehr an dem Plane einer Gesellschafts-
steuer fest, und wenn die Erhöhung einiger Positionen des
Stempelfeuertarifes erzwungen wird, so ist dies notwendig,
um den Mehrbedarf zu decken, der nach dem bisherigen Ver-
laufe der Verhandlungen in den Kommissionen des Abge-
ordnetenhauses voraussichtlich an Beforderungen der Beamten
und Lehrer sich ergeben wird.

Herr Endow scheint den brennenden Ehrgeiz zu haben,
Steuerprojekte, selbst wenn sie noch so ausfichtslos sind, so-
lange vegetieren zu lassen, bis sie durch eine „höhere Ge-
walt“ von den Qualen erlöst werden.

Die süddeutsche Demokratie und der Reichskanzler.

Auf der diesjährigen Landesversammlung der württem-
bergischen Volkspartei sprach leider der Hauptführer der
Reichspartei, der Kammerpräsident und Reichstagsabgeord-
nete v. Paape. Er war durch Krankheit verhindert, das
Sauptwort über die Lage im Reich zu überbringen.

Um so bedeutamer war die Rede, die Paape jetzt nach-
träglich im demokratischen Parteitag, dem Stuttgarter
„Beobachter“ im Druck erscheinen läßt. Herr v. Paape be-
kennt sich darin mit einer bemerkenswerten Rückhaltigkeit
zur Politik Bülow's. Paape hebt zunächst hervor, daß die Zu-
stimmung zum Vereinsgesetz durch die nachgefolgten
Ereignisse ihre volle Rechtfertigung gefunden habe. Dann
weist er darauf hin, daß die Erklärungen des Staatssekretärs
von Bethmann-Hollweg über die Anwendung des Sprachen-
paragraphen durchaus torrett gewesen seien; Bethmann habe
vorrurteillos, wader und ehrlich am Vereinsgesetz mitgear-
beitet. Im einzelnen sagt Paape:

„Wir werden für die Nachschleifer oder auch, wenn das leichter
eine Mehrheit finden sollte, für eine an deren Stelle tretende aus-
gebaute Erbschaftsteuer stimmen, uns aber auch, wenn das leichter
gehen sollte, der Reichsvermögenssteuer nicht verweigern. Die Ma-
trikularbeiträge zu vermindern, weisen wir zurück. Umgekehrt
müssen wir aber auch uns gegen der Vorschlag einer gänzlich
Beseitigung der Matrikularbeiträge ausgesprochen. Unverändert
ist, wespaß die Regierungen sich nicht von der Mehrheit der
Parteien längst abgetrennten Projekten, den Vorkommen ein
monopol und der Zigaretten handerleiener, nochmals be-
seitigen haben. Diese Projekte können als gefallen gelten, damit aber
nicht der Gedanke einer Branntwein- und einer Tabaksteuer über-
haupt. Beide werden, es hilft nichts, sich das zu verhehlen, in
vernünftigerer Form kommen. Wäsen muß sicher auch das Bier.
Mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit kann dagegen als gefalle
bezeichnet werden die Weinsteuer. Fallen wird wohl auch die
Zigarettensteuer als vollständig, schwerfällig und die Freiheit
der Presse, dieses Bollwerk der bürgerlichen Unabhängigkeit, ohne
Not gefährdend. Es wird um so leichter sein, alle diese Projekte
absterben zu lassen, als man sie bei richtiger Bemessung des Be-
darfs wohl gar nicht nötig haben wird. Wir werden neben ernst-
licher Sparpolitik auf zwei Dinge vor allem zu achten haben: wir
sind überhaupt nicht mit, wenn nicht ein Teil der Steuern im vor-
aus auf die leistungsfähigeren Schichten gelegt wird, und unter
an der Reform in der Tat vorhandenen Interesse würde sich im
selben Maße abmischen, in dem wir uns überzeugen müssen, daß
die Reichsregierung dem Verlangen verfassungsmäßiger
Garantien sich überlegen würde.“

Als eine „Wodaufgabe“ betrachte er übrigens die Reichs-
finanzreform nicht, weil er schon wiederholt erklärt habe. Und
damit kommt Paape zum Schluß nochmals auf den Bloß
zu sprechen. Was er hier über das Verhältnis der schwä-
bischen Demokratie zum Bloß und zum Reichskanzler an-
führte, ist bedauerlich:

„Dem Bloß — sagt Paape — hört man zurzeit
wenig, es kann aber auch wieder anders kommen.
Wer unbefangene die Dinge verfolgt, muß beobachten,
daß der Reichskanzler mit ungewisserhaftem
Erfolge bemüht ist, Stück für Stück
das liberale, wenn auch recht gemäßigtere liberale
Programm einzulösen, und das er vor mal Jahre
im Reichstage aufstellte, und das er damals als
einen Fortschritt anahen. Es ist das mehr,
als die meisten von uns je auf diesem
Wege erwartet hatten. Wir haben deshalb
sicherlich, so wenig wir dem Kanzler oder dem Bloß
zu Gefallen eine unladliche Politik treiben dürfen,
auch umgekehrt nicht die geringste Veran-
lassung, dem Kanzler ohne Not Schwie-
rigkeiten zu bereiten. Wir werden deshalb,
was ihn und den Bloß anlangt, bis auf weiteres ge-
nan dieselbe Stellung einnehmen, wie wir sie die letzten
zwei Jahre vor Ihnen mehrfach gerechtfertigt haben.
Daß wir uns auf Einzelheiten festlegen, verlangt in
so bewegten Zeiten niemand. Wir glauben zu wissen,
was wir uns, unserer Partei und dem Vaterlande
schuldig sind.“

Verklärter Nordsee-Küstenhuh.

— Von der Elbe und Wesermündung wird gemeldet,
daß zum Frühjahr eine Verklärung der dortigen Marine-
garnison stattfinden wird, um diesen durch erhöhte Man-
schaftsbestände einen ausgiebigeren Schutz zu geben. Die
Marineforts an den deutschen Küstengebieten werden
weiter ausgebaut werden.

In einem Artikel der „Saale-Ztg.“ war bereits im verfloffenen
Sommer auf den unzureichenden Schutz der Weser- und Elbe-

mündung hingewiesen und das Gutachten des Vizeadmirals Gaster, der mehr künftigen als Flottenverfänger verlangte, angeführt worden.

Erzberger und die Zentrumspreffe.

Zu den Äußerungen Erzbergers, daß die neuesten Angriffe gegen den Reichskanzler von anderen Feinden, insbesondere dem betheligenen Aristokraten, die je viele Beziehungen zu Wien haben, ausgingen, schreibt das Hauptorgan der schlesischen Zentrumspreffe, die „Schles. Volksztg.“:

„Sollte die Meinung des Herrn Erzberger wirklich gelautet haben, so könnten wir nicht umhin, der gegenwärtigen Presse zuzumischen, die ihn als einen der terriblen des Zentrums bezeichnet. Es wäre die höchste Zeit, daß Herr Erzberger in seinen Äußerungen etwas vorsichtiger und überlegter würde.“

Nun hat das Herzogtum von Biberach seine Quittung, denkt die „Schles. Volksztg.“ — Ob Herr Erzberger diese Quittung ruhig in die Tasche steckt? — Richtig hätte er's nicht, denn er weiß, wo die Maulwürfe sitzen. Wenn er nur reden dürfte!

Deutscher Reichstag.

183. Sitzung vom Mittwoch, 13. Januar.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Sydow, Dernburg, Tweste.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Die Kontrolle des Reichshaushalts.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste und zweite Beratung über die Kontrolle des Reichshaushalts usw.

Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp.):

Das Gesetz über die Kontrolle des Reichshaushalts ist bisher immer debattelos angenommen worden. Die Regierung legt schon gar nicht mehr eine Begründung bei, und sehr selten ist ein Abgeordneter so Kühn, zu dieser Sache zu sprechen. Ich kann es aber nicht begreifen, daß das Reich 38 Jahre nach seinem Bestehen noch einer geordneten Instanz zur Kontrolle seiner Rechnungen entbehrt. Warum haben wir noch keinen deutschen Rechnungshof? Durch die preussische Oberrechnungskammer wird er nicht ersetzt, denn diese beruht auf einer Kabinettsorder aus absolutistischer Zeit. Das ist doch das Reich nicht recht würdig. Jetzt bei unserer schwierigen Finanzlage muß alles gegeben, damit nicht eine Mark unrichtig ausgegeben wird. Es fehlt auch ein Gesetz über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben. Die Frage der Staatsüberschreitungen muß endlich einmal geregelt werden.

Abg. Dr. Görde (nl):

empfeilt eine Resolution auf Vorlegung eines Gesetzes über die Vermehrung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches und eines Gesetzes betreffend die Einrichtung und die Befugnisse eines Rechnungshofes des Deutschen Reiches.

Der Gegenentwurf wird in erster und zweiter Lesung erledigt, die Resolution angenommen.

Die Einnahmen und Ausgaben von 1907.

Es folgt die erste Beratung der Uebersicht der Reichsausgaben für das Rechnungsjahr 1907.

Abg. Dr. Görde (nl):

Wenn die fortwährenden Staatsüberschreitungen nicht endlich ein Ende nehmen, so haben unsere ganzen Beratungen gar keinen Zweck. Besonders die Mandatverträge gehen weit über die Anschläge hinaus. Man sollte die großen Kanollerentenden einstellen und die Naturalien ein gros verkaufen. Auch an Zigaretten und Kieselsteinen läßt sich viel sparen. Unnütze Kosten verursachen auch die fortwährenden Besetzungen innerhalb des Generalstabespersonals. Immer wird jetzt vom Sparen geredet, trotzdem hält sich aber die Regierung nicht einmal an die Vorschläge.

Abg. Erzberger (Ztr.):

Wenn die Herren von der Regierung Geld brauchen, dann soll im Reichstage vollständig zur Stelle. Wenn sie aber Rechnung legen sollen, dann finden sich nur ein paar Kommissare ein. Der Kritik des Dr. Görde kann ich mich durchaus anschließen. Auch der Vorsitzende der Budgetkommission, Herr v. Camp, hat wohl Recht mit seinen Angriffen gegen die Wirksamkeit der Vorverwaltung. Wir müssen von nun an von den verbündeten Regierungen einen der Wirksamkeit entsprechenden Etat verlangen. Es ist ein schlechtes Zeichen für die jetzt so viel gerühmte Sparpolitik, wenn bloß für die Inanspruchnahme der Wohnung des Staatssekretärs des Innern 180 000 Mark ausgegeben werden. Einen Nachtragsetat in dieser Höhe hätte niemand bewilligt. Die Staatssekretäre sollen in der Sparpolitik mit gutem Beispiel vorangehen. Wir können nicht länger auf das Etatbewirtschaftungsgeheiß warten.

Der Reichstag hat über ein einmütiges Mit., mit den ewigen Staatsüberschreitungen. Es muß gemacht werden, er braucht über von seinen Budgetkritikern zu machen; er braucht es bloß den Herren Staatssekretären zu überlassen, die Staatsüberschreitungen selbst aus ihrer eigenen Tasche zu bezahlen. Im Etat des Auswärtigen Amtes waren von 158 Titeln unserer diplomatischen Vertretung im Jahre 1906 26 Beamte beurlaubt, 22 Stellen unbefüllt, 78 kommissarisch verwaltert, — da merkt man, wo die hohen Reichsgelder und Tagesgelder herkommen. (Sehr gut!) Im Jahre 1907 waren bei 158 Titeln nur 49 vollständig besetzt, — vielleicht gehen diese Zahlen auch Aufschluß darüber, warum wir so ungeheure Erfolge in der auswärtigen Politik haben. (Sehr gut!) Eine große Staatsüberschreitung der Militärverwaltung wird begründet mit der vermehrten Einberufung der Reserveoffiziere zu Übungen, die auf die Einführung der zweijährigen Dienstzeit im Jahre 1893 zurückgeführt wird! Da wird man uns in der Kommission doch wohl mit einer anderen Begründung kommen müssen. Eine Staatsüberschreitung von 45 Proz. bei den Mandaten darf sich der Reichstag nicht bieten lassen. Bei der Marineverwaltung ist der Fonds für die Indienststellung um 2 Millionen, den achten Teil, überschritten. Die Kommissarstellung wird den Mannschaften gegeben, ohne daß die Marineverwaltung dazu durch den Etat befugt ist. Auch in der Kolonialverwaltung finden wir allerlei Staatsüberschreitungen. Man merkt von dem launenhaften Geist des Staatssekretärs noch nicht gerade viel. Aber er kann mitwiderne Umstände für sich in Anspruch nehmen, da es sich um den ersten Etat handelt, den er zu bewirtschaften hatte. Hoffentlich wird aber der Geist der Sparpolitik nun auch in die Kolonialverwaltung einziehen. (Beifall.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg:

Es sind die hohen Kosten bemängelt worden, die für die Inanspruchnahme der Wohnung im Reichsamt des Innern ausgegeben worden sind. Ich begreife vollkommen, daß der Reichstag über die Höhe der Kosten erkaunt ist. Ich möchte aber mitteilen, daß für die Wohnung seit 20 Jahren nichts gegeben ist, und daß in dieser ganzen Zeit keine Reparaturen vorgenommen worden sind, daher gefallene sich die Renovation ziemlich kostspielig. Es handelt sich dabei vornehmlich um Arbeitsräume, weil die bisherigen sehr beengt waren und ich die Bitte ausgesprochen habe, mehr für Licht und Luft zu sorgen. Mir ist sehr die Kostenüberschreitung unangenehm. Ueber die anderen bemängelten Etatsüberschreitungen werden die Chefs der Reichsverwaltungen in der Kommission Auskunft geben.

Abg. Roste (Soz.):

Bei der kostenlosen Finanzlage des Reiches muß jede Mark mehrmals umgedreht werden, ehe man sie ausstößt. Alle Maßnahmen zur Sparpolitik scheitern aber in den Wind geblasen zu sein. Was nicht uns unter ganzem Budgetrecht, wenn die Herren von der Regierung doch so viel ausgeben, wie es ihnen paßt? Das können wir uns nicht länger bieten lassen. Dem Kriegsministerium und dem Militärkabinett predigt man mit der Sparpolitik tauben Ohren. Die Militärverwaltung bereitet ganz planmäßig Staatsüberschreitungen vor; sie läßt sich Staatsverpflichtungen aufschreiben kommen lassen. Das beweisen die Remontepreise. Die Remontekommission sollte die Forderungen der Agrarier einfach nicht bewilligen. Die Ausgaben für die Pension der Offiziere werden erhöht, bei den Pensionen der Mannschaften aber spart man wieder.

Abg. Hug (Ztr.):

Man sollte den Reichsverwaltungen zur Pflicht machen, Staatsüberschreitungen im nächsten Jahre durch geringere Ausgaben wieder gut zu machen. Dann würden die Herren schon vorsichtiger mit dem Gelde umgehen.

Generalmajor v. Dohm:

Die Militärverwaltung ist bestrebt, sich an die Vorschläge zu halten. Freilich ist es nicht immer möglich, die Ausgaben so zu gestalten, daß sie mit den Ansprüchen auf Heller und Weniger übereinstimmen. Zwischen den Pensionen der Offiziere und denen der Mannschaften besteht kein innerer Zusammenhang. Nebenfalls werden die Mannschaften nicht nachteiligt.

Abg. Roste (Soz.):

Ich bleibe dabei, daß die Militärverwaltung Staatsüberschreitungen vorbereitet. Das beweist doch der Umstand, daß sie stets die Remontepreise zu niedrig ansetzt. Warum ist man so schnell mit der Pensionierung von Offizieren bei der Hand? Jährlich werden Hunderte in den Brillot gesteckt, ohne daß sie den geringsten Wunsch danach haben.

Generalmajor v. Dohm:

Wenn wir die Remontepreise höher in den Etat einstellen würden, so würden die Marktpreise sofort steigen. Die Militärverwaltung spart so viel für sich, aber sie läßt auch den Mannschaften ihr Recht werden.

Generalmajor v. Dohm:

Die Verlage geht an die Rechnungskommission.

Bei den Ueberschüssen über

Einnahmen und Ausgaben für die Kolonien

tügt Abg. Erzberger (Ztr.) wiederum, die mehr oder weniger beträchtlichen Staatsüberschreitungen.

Staatssekretär Dernburg

macht gegenüber einer Milderung über Mißhandlungen Kameruner Säuflinge durch Angehörige der Schutztruppen darauf aufmerksam, daß es sich um keine Säuflinge handelt. Wenn man sie losläßt, berechnen sie sich manchmal so wie die, gegen die man sie losgelassen hat. Die Leute sind schwer bestraft worden.

Abg. Roste (Soz.):

erklärt die Abrechnung für Südwahafrika geradezu für unerbötlich. Unerwünscht sei die Einziehung von Geldern von den Eingeborenen nach dem Aufstände.

Abg. Arning (nl):

Staatsüberschreitungen in den Kolonien muß man mit milderen Blick betrachten als im Mutterland. In Kamerun scheinen tatsächlich Rohheiten von seiten farbiger Soldaten vorgekommen zu sein.

Staatssekretär Dernburg:

Die Normirung des Abg. Roste wegen der Einziehung der Gelder von den Eingeborenen ist unerbötlich, da sie auf einem Beschluß des Reichstages beruht. Gänzlich verfehlt ist die Kritik über die Rechnunglegung für Südwahafrika, wo tatsächlich Ersparnisse gemacht worden sind.

Die Rechnungsübersichten gehen an die Rechnungskommission.

Es folgt die erste Lesung der

Reichstagsbeschlüsse.

Auf Antrag des Abg. Döve teilt Direktor Kühn mit, daß die Veröffentlichung einer Verordnung über die Gleichstellung des Nachbarsvertrages mit den Pflanzenzüchtern zur Vereinfachung des Verfestprozesses unmittelbar bevorsteht. Damit endet die erste Lesung. Kommissionsberatung ist nicht beantragt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die

Einmündigung von Armenunterstützung

auf öffentliche Rechte. Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erläutert die sozialpolitische Bedeutung der Vorlage.

Die Abg. Dr. Mayer-Raufeuten (Ztr.), Graf Westarp (son.) und Overling (nl.) erklären das Wohlwollen ihrer Parteifreunde der Vorlage gegenüber, auch Abg. Saemmel (fr. Sp.) begrüßt das Gesetz mit Genugtuung. Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr. (Außerdem kleinere Vorlagen.)

Schluß 6 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

13. Sitzung vom Mittwoch, 13. Januar.

Am Ministertische: Deibück, Präsident v. Kröcher eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.

Die Besprechung der Interpellation und der Anträge betreffend die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit werden fortgesetzt.

Abg. Graf Kranz (son.):

Die Notämtheit ist weniger eine Folge des Arbeitsmangels als eine Folge der Arbeiterverteilung. Von einer Arbeitslosenzählung verpöche ich mir nichts, weil sich dabei die Arbeitslosen nicht von den Arbeitswilligen trennen lassen. In Berlin hat man 20 000 Rentempfangern mitgegeben. Das sind doch aber keine Arbeitslosen. Von staatlicher Unterstützung der Arbeitslosen kann wohl nicht die Rede sein. Mögen die Kommunen eingreifen. Warum setzen die Arbeiter aus den Städten nicht auf das Land zurück? Herr Gehling verweise ich auf seinen früheren Parteifreund Benzmann, der die Arbeitslosenversicherung als eine

Prämie auf die Fauslengeret bezehmet hat. Die Arbeitslosigkeit würde noch geringer sein, wenn wir höhere Zölle hätten, nicht nur für die Industrie, sondern auch für die Landwirtschaft. (Beif. Sehr richtig! rechts.) Warum schafft man nicht endlich ein gutes Kartellgesetz? Die ungarischen Staatsbahnen beziehen billiger oberirdische Kohle als die preussigen.

Handelsminister Deßkraft:

Der letzten Bemerkung des Vorredners muß ich widersprechen, insbesondere soweit die fiskalischen Eruben in Betracht kommen. Wertmäßigerweise sind die Kartellverhältnisse in Oberhessen durchaus günstige.

Abg. Graf Strachwitz (Ztr.):

Eine richtige Agrarpolitik ist nötig. Die Preislosigkeit ist nicht aufzuheben, doch müßte der Staat einen gewissen Einfluß auf die Bewegung der Arbeitermassen haben.

Abg. Saemann-Altena (nl.):

Die bürgerlichen Kreise sind mit Entz daran gegangen, der Arbeitslosigkeit zu wehren. Auch die Regierung ist sich ihrer Pflicht als größter Arbeitgeber bemüht. Im Osten herrscht geradezu Arbeitermangel. Hoffentlich kommt bald wieder eine Sekundärhochkonjunktur. Die Behauptungen der Sozialdemokraten, daß zahlreiche Arbeiterentlassungen bei der Anbuhrte vorgekommen seien, erweisen sich bei näherem Zusehen als unmaß und stark übertrieben. Arbeitslosigkeit wird es immer geben bis zum sozialdemokratischen Zukunftsstaat. Schade, daß ich den nicht mehr erleben werde. (Große Heiterkeit.) Denn wenn es Herrn Bebel nicht gelungen ist, ihn zu schaffen, wird es seinen Epigonen noch viel weniger gelingen. (Beif. Beifall bei den Klaffen. und rechts.) Die Besprechung wird geschlossen. Bei der Abstimmung wird der Antrag Harardt (son.) angenommen, der möglichst beschleunigte Vergebung der im Etat vorgezeichneten Mittel, insbesondere im Wege der Interpellation Roeten (Ztr.) betreffend die

Verhinderung der Schaustellung nackter Personen.

Die Interpellation lautet:

Welche Maßnahmen gedenkt der Minister des Innern zu treffen, um die schon seit geraumer Zeit in Berlin stattfindenden und auch bereits für andere Städte in Aussicht gestellten argersüchtigen Veranstaltungen, bei denen männliche und weibliche Personen in völliger Nacktheit aufzutreten, entgiltig zu verhindern?

Minister des Innern v. Moltke

erklärt sich zu sofortiger Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Roeten (Ztr.):

begründet die Interpellation. Es handelt sich bei den Nacktdarstellungen um Veranstaltungen, in denen man eine Gefahr und ein Vergernis sehen müsse, um Tände, die ein nadttes Frauenszimmer in ihrer Schamlosigkeit aufführt. Die angelegentlich liberalen Blätter haben die Vorstellungen scharf verurteilt, z. B. die „Münch. Neuesten Nachrichten“, die „Magdeburger Zeitung“, der „Sonn. Courier“, das „Berliner Tageblatt“. Alle sind einig darin, daß es sich um handliche Verirrungen, um widerliche Schamlosigkeiten handelt. Bei der allgemeinen Verurteilung ist die Passivität der Behörden unbegreiflich. Man hat die Schönheitsabende für konzeptionspflichtig erklärt. Das war ein Schlag ins Wasser. Nach Schluß der Vorstellung hindert niemand die Schmutz, die Drogen in ihren Privatimmern herumzuheben und zum Abflug zu bringen. (Seitens.) Dagegen kann die Polizei nichts tun. Ich frage den Minister, ob er nicht mit der Allgemeinheit die öffentlichen Tände eines nadttes Frauensimmers für eine Unflütlichkeit hält. Nicht die Künstler oder Verste oder Schriftsteller sind berufen, zu urteilen, ob diese Tände unflütlich sind oder nicht. An Lehrer, Erziehern, an die Frauen und Mütter fällt die Pflicht, die Minister wegen eines Gutachtens wenden müssen. (Beif. Zustimmung.) Was will denn die Bewegung? Sie will von der „ungehenden Klasse des Christentums befreien, an den gegenwärtigen Verfall in völliger Nacktheit befreien. (Psurire.) Wie kann ein solches Treiben unter den Augen der Behörden vor sich gehen? Der Minister sollte mit starker Hand eingreifen, damit die Weltbäume am Körper unseres öffentlichen Lebens ausgekratzt wird. (Beif. Beifall.)

Minister des Innern v. Moltke:

Wenn man die Rede des Interpellanten hört, sollte man wirklich glauben, daß der Polizeiminister Mitglied des Schönheitsabends oder einer Nacktdage sei. (Widerpruch.) Der Standpunkt des Interpellanten ist durchaus der meine. (Beifall.) Im vorigen Frühjahr wurden zwei Schönheitsabende im Magdalenen abgehalten, die nach den Anforderungen nicht öffentlich sein sollten. Das war aber eine Verletzung. Die Polizei verbot weitere Vorstellungen und hielt das Verbot aus aufrecht gegenüber Einsprüchen der Unternehmer. Bei späteren sogenannten Schönheitsabenden war die völlige Nacktdarstellung verboten. Es war ein dichter Schleier vorgeschrieben, die mittleren Körperteile sollten mit einem Kleidungsstück verleben werden und für die Darstellung von lebenden Bildern waren bestimmte Draperungen vorgegeben. Es haben dann noch drei Vorstellungen stattgefunden, zu zweien waren insbesondere Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Reichstages geladen. Die letzte Darstellung war öffentlich, aber mit vollständig umgelatteter Programm. Jede Nacktdarstellung war unterlegt. Ueber die Grenzen des Zulässigen in der Darstellung des Nackten gehen die Ansichten auseinander. Die Schönheit des menschlichen Körpers, wie ihn Gott geschaffen hat, ist ebenso unbedeutend wie unerschöpflich. Dem menschlichen Körper in seiner Schönheit darzustellen, ist nun jeder das höchste Ziel und höchste Streben jeder ernstlichen wissenschaftlichen Kunst gemein. Aber die Kunst darf nicht den Banntreue beger Verlebrungen nicht verfallen. Derartige Vorstellungen werden flüchtig unter die Gewerbeordnung gestellt, womit die allgemeinen Vorschriften in Kraft treten, die Nacktdarstellungen vollständig ausschließen. Hoffentlich unterliegen alle guten Elemente in der Bevölkerung die Behörden in diesen dunklen Wegen, denen sie nachgehen haben. Soll das Charakterbild der germanischen Sittlichkeit unbedeckt bleiben, so müssen andere Kräfte mitwirken, als bloß die der Polizei. (Schwacher Beifall.)

Auf Antrag des Abg. v. Pappenheim (son.) wird die

Besprechung der Interpellation geschlossen.

Abg. Gemming (son.):

Das Verhalten der Polizei in dieser Sache ist einfach unglücklich. Die Rede des Ministers ist einfach unbegreiflich. Ich hätte den Eindruck, es hätte er contro occur gesprochen. Säng die Stellung des Ministers etwa zusammen mit der Sympathie hochstehender Herren und Damen unter hohen Aristokraten? Heraus damit! Es wäre unerträglich, daß ein preussischer Minister von solchen Einflüssen in seinem Handeln bestimmt wird. (Beif. Beifall.) Diese Geschichte erinnert an die Vorgänge bei der Aufhebung der homosexuellen Slandale, wo auch der Einfluß hochstehender Persönlichkeiten behauptet wurde. Nicht nur nach Weiber, sondern auch nach Männer werden zur Schau gestellt. An den Schau-

stellungen sollen auch Damen der vornehmen Kreise teilgenommen haben. Diese vornehmen Damen waren keine edlen Frauen. (Veh. Zustimmung.) Wenn die politischen Machtmittel nicht anstreifen, müssen sie veräußert werden. Selbst in Paris sind die Nachbarnstellungen verboten. Man erwartet von den Behörden, daß sie den Kampf gegen diesen Schmutz mit allem Ernst und allem Nachdruck führen. (Veh. Beifall.)

Minister v. Motte

erwidert, daß er von niemandem abhängig sei und sich von niemandem bestimmen lasse.

Abg. Dr. Bohmann (nl.):

Es ist unerhört, daß ein nachtes junges Weib öffentlich Tänze aufführt. Ich habe die Tänzerin selbst gesehen, die Vorstellung war direkt unästhetisch. Mit diesen Abscheulichkeiten muß gründlich aufgeräumt werden. (Veh. Beifall.)

Abg. Metin (fr.):

Ich kann mich dem Vordrucker nur anschließen.

Präsident v. Kiedzer

schlägt vor, sich zu vertragen. (Stimmliche Zurufe: Träger, Träger! Der Abg. Träger schreit lächelnd mit dem Kopfe.)

Das Haus vertagt sich. Montag 1 Uhr: Erste Sitzung des Etats.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet am 18. d. M., 1 Uhr nachmittags statt. Auf der Tagesordnung steht die erste Etatslesung.

Ausland.

Die türkisch-österreichische Verständigung.

Die Stimmen des Auslandes.

Die Befriedigung über das Zustandekommen der Einigung zwischen den beiden Hauptbeteiligten der gegenwärtigen Krise ist eine allgemeine.

Nur in England sieht man, wie gestern schon angedeutet, dem Verlauf der Dinge mit einem nassen und einem trockenen Auge zu. Der Londoner „Daily Telegraph“ möchte gar zu gern Oesterreich noch zuguterletzt einige Schwierigkeiten bereiten und hält daher seine Ausführungen in einem Tone, der für Serbien und Montenegro immerhin ermutigend ist. Das einflussreiche freikonervative Blatt schreibt:

Die Freunde Oesterreich-Ungarns und der Türkei werden sich über die Beilegung der Schwierigkeiten freuen. Wenn Oesterreich-Ungarn die gesuchten Forderungen Serbiens und Montenegros erfüllt, so werde es diesen Ländern die Neigung nehmen, eine Empörung in den angetriebenen Provinzen zu ermutigen.

Das russische Regierungsrat, die „Nowoje Wremja“, nimmt sich der türkischen Slaven mit folgenden Worten an:

Das Abkommen zwischen der Türkei und Oesterreich-Ungarn bestätigt nicht die Rechte der an der Erhaltung des Berliner Vertrages interessierten Mächte. Die Türkei muß aus Rücksicht auf ihre slavischen Untertanen in Makedonien aus und weiterhin die Interessen ihrer ehemaligen slavischen Untertanen in Bosnien und Herzegowina schützen.

Die Stimmung in Frankreich wird in folgendem Telegramm gefaßt:

Paris, 13. Jan. Das österreichisch-türkische Abkommen wird auch hier mit großer Genugthuung begrüßt. Es gestattet die Hoffnung, daß Oesterreich auch mit Serbien und Montenegro und gleichzeitig mit Russland zu einer friedlichen Einigung gelangt. An der türkisch-bulgarischen Verständigung hat man hier nie gewagt.

Verhaftung türkischer Reaktionen.

Die Türkei meint es mit ihren fortschrittlichen Reformen offenbar äußerst ernst. Ueber die Verhaftung mehrerer reaktionärer Vorkämpfer, die auch in Verbindung mit kaiserlichen Prinzen gestanden haben, wird wie folgt berichtet:

London, 13. Jan. Nach einer Meldung der „Times“ aus Konstantinopel unternahm gestern die türkische Polizei eine Hausdurchsuchung im Bureau des reaktionären Tageblatts „Hutuk-i-Ummiye“, wo eine große Quantität von Waffen und Munition vorgefunden wurde. Einige anwesende Türken wurden unter dem Verdacht, gegen die jetzige türkische Regierung eine Verschwörung angezettelt zu haben, verhaftet. In den Redaktionsräumen in Stambul wurden auch Dokumente und Listen gefunden, durch die eine Anzahl hervorragender Persönlichkeiten, darunter mehrere Prinzen des kaiserlichen Hauses, schwer kompromittiert erschienen. Dem „Großen Rat“ der Hutuk-Partei gehörte auch ein früherer türkischer Konsulatsbeamter an, der in den letzten Jahren in Berlin wohnte und vor einigen Monaten nach Esturri (auf der asiatischen Seite Konstantinopels) überfledete.

Ein politischer Mord in Saloniki.

Der berüchtigte Bandenführer Sandansky hat es wieder einmal für nötig befunden, zu zeigen, daß er noch lebt. Ueber eine von seinen Parteigängern ausgeführte Mordtat wird berichtet:

Wien, 13. Jan. In Saloniki wurde gestern abend auf offener Straße der Präsident des bulgarischen konstitutionellen Klubs, Dusan Bero w von zwei Personen, die der Partei des berüchtigten macedonischen Bandenführers Sandansky angehören, erschossen. Die Begleiter des Präsidenten, Banju und Schekerdew, wurden durch Revolverschüsse schwer verwundet. Der Täter ist entflohen.

Schiedsgericht zwischen Venezuela und der Union.

Die Berichte von dem Spezialkommissar der Vereinigten Staaten W. Buchanan, den das Staatsdepartement zur Unterbindung der Zustände in Venezuela und zur Beilegung der diplomatischen Streitigkeiten nach Caracas entsandt hat, lauten sehr befriedigend. Die revolutionäre Bewegung, die zum Sturze Castros geführt hat, kann als beendet und erfolgreich verlaufen, angesehen werden. Das Volk ist sehr zufrieden damit, daß die Reibereien mit den fremden Mächten aufhören, und hat die rasche Verständigung mit Holland sehr begrüßt. Präsident Gomez hat die Zügel der Regierung fest in der Hand. Er strebt danach, mit der Regierung der Vereinigten Staaten auf das schnellste

wieder in ein vollständig freundschaftliches Verhältnis zu treten. Danach hat er Buchanan seine Bereitwilligkeit erklärt, daß alle zwischen den beiden Republikanischen Streitigkeiten durch Schiedspruch erledigt werden. Mit diesem schnellen Erfolg der Mission Buchanans ist man im Staatsdepartement um so mehr zufrieden, als das Zustandekommen des Generals Gomez genau dem entspricht, was Staatssekretär Root von Anfang an gefordert hat.

Spannung zwischen Japan und Amerika.

Der neue Vertrag zwischen der Union und Japan hat zunächst fiebernd die lebhafteste Sympathie ausgelöst. Nachdem nun aber der erste Entschluß ausgeteilt ist, treten die alten Mißbilligungen wieder zutage. Japan will Kalifornien als Annahmestätte für seine überflüssige Bevölkerung nicht aufgeben und Amerika legt der japanischen Einwanderung ein energisches „Halt“ entgegen. Wie aus folgendem Telegramm hervorgeht, ist es hauptsächlich das Verbot des Grundbesitzes, das in Japan Erbitterung hervorruft:

London, 13. Jan. Die in der Legislatur Kaliforniens in Vorbereitung befindlichen antijapanischen Maßregeln haben, nach hierher gelangten Depeschen aus Tokio, dort viel böses Blut gemacht. Am meisten Anstoß scheint man an einer Gesetzesvorlage zu nehmen, die den Japanern den Erwerb von Grundigentum in Kalifornien verbietet. Auch beginnen die japanischen Zeitungen wieder die Agitation gegen die kalifornische Schulpflicht aufzunehmen, das ihren Kindern die Aufnahme in die Schulen der Weissen verweigert. Man fürchtet in Tokio, daß diese Maßregeln zu heftigen anti-amerikanischen Ausbrüchen in Japan führen werden.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 14. Januar.

Bei der Schätzung der Umfahsteuer

für das am 1. April beginnende Rechnungsjahr hat der Magistrat auf die Schwierigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse gebührende Rücksicht genommen. Für 1908 lautete der Voranschlag auf 211 000 Mk. Diesmal legt der Magistrat nur 192 000 Mk., also 19 000 Mk. weniger ein.

Die Hundsteuer

hat der Magistrat im neuen städtischen Haushaltsplan in ihren Erträgen um 6000 Mk. höher eingestellt, als der Voranschlag für 1908 lautete. Er hofft, daß aus den zahlreichen Hühler, Karos und wie sie alle heißen, 40 000 Mk. für den Stadtkasse bringen.

1907 betrug die Freinahme 40 515 Mk. Also ist die Hoffnung auf 40 000 Mk. wohl begründet.

Für Herstellung einer Stühmauer

an der Nordseite der Mansfelderstraße entlang dem Rotgraben werden im neuen Etat 12 000 Mk. gefordert, für Ausbesserung der Ueberwölbung der Gerberjaale 3000 Mk.

Staatlich-städtische Handwerkerlehre.

Diejenigen Eltern, die für ihre zu Eltern aus der Schule abgehende Söhne noch keinen geeigneten Lehrmeister gefunden haben, werden auf die Tagesschulen der staatlich-städtischen Handwerkerschule aufmerksam gemacht. Dort bietet sich solchen jungen Leuten, die einen gewerbe-technischen Beruf ergreifen wollen, Gelegenheit, sich vor ihrem Eintritt in die Lehre die erforderlichen theoretischen Kenntnisse anzueignen. Der Unterricht umfaßt Zeichnen und geometrisches Zeichnen, Beschneiden und Modellieren, dekoratives Malen, Geometrie, Naturlehre, gewerbliche Ausführung, Hund- und Zierschrift usw. Das halbjährliche Schulgeld beträgt für Tagesschüler 25 Mark, für Halbschüler je nach Anzahl der belegten Unterrichtsstunden 3-15 Mk. Der Lehrplan der Anstalt wird auf Verlangen kostenlos abgegeben.

Anmeldungen nimmt Herr Direktor Brumme täglich während der Sprechstunden in seinem Amtszimmer entgegen.

Submission auf eine Beamtenstelle.

Wenn unsere Handwerker mit ihren Beschwerden über die Schäden des Submissionsverfahrens bei unseren Behörden kein williges Gehör gefunden, dann ist in der öffentlichen Diskussion, im Innungs-ausschuss und sonst in den beteiligten Vereinen schon mandal mit einer Art Galgenhumor der Vorschlag gemacht, Staat und Stadt möge doch auch die Beamtenstellen an den Mindestfordernden vergeben. Daß in Preußen aber tatsächlich mal eine Beamtenstelle zur Submission ausgeschrieben werden könnte, das hat noch niemand im Ernst für möglich gehalten.

Und doch ist das jetzt geschehen: Der Nachwächterposten bei der Staatsanwaltschaft in Merseburg, ein hohes Amt, für das nur 11 111 Mark an Gehalt in Frage kommen, soll laut Bestimmung in der Bilanzliste für Militärkammeranten aus dem Bezirk des 6. Armeekorps an den Mindestfordernden vergeben werden. Das verlockende Geschäft lautet wörtlich:

Sofort bei der Staatsanwaltschaft in Merseburg ein Nachwächter, vollständige körperliche Rüstigkeit und Gemadtheit, Lebensalter nicht unter 25 und nicht über 35 Jahre, Militärdienstzeit nicht unter 2 Jahren, Volksschulbildung, Anstellung vertragsmäßig auf Kündigung; die Stelle wird an den Mindestfordernden vergeben. Bewerbungen an den Ersten Staatsanwalt in Merseburg.

Vermögenden Leuten, die den Ehrgeiz haben, fiskalische Nachwächter zu werden, bietet sich hier eine selten günstige Gelegenheit. Unseren Beamten aber muß es bange im Busen werden, „wird der Gebrauch erst allgemein...“

Im Stadttheater ging gestern abend „Romeo und Julia“ in Szene. Der Romeo wurde von Herrn Paul Fündal als Gast mit Feuer und in verständnisvoller Auffassung gespielt, die den verschiedenen Situationen der Rolle durchaus gerecht wurde. Die Darstellung des Herrn Fündal erntete lebhaften Beifall. Seine Partnerin Fräulein Schlotz hatte sich mit Geschick in ihre Rolle vertieft, sodaß auch sie vielen Applaus erhielt. Das Haus war mäßig besetzt. Nächste heute abend.

Im Stadttheater ist man eben, wie uns mitgeteilt wird, mit der Revueinszenierung folgender Opern bezig. Derernten beschäftigt: „Madame Butterfly“ von Puccini (dem

Komponisten von „Bohème“), „Don Juan“ (Mozart) und „Frühlings Luft“. — Also doch!

Zentralverband der Gemeindevorstände Preußens. Zur Wahrnehmung der Interessen der Gemeindevorstände Preußens findet Sonntag, den 17. Januar, mittags 12 Uhr, im großen Saale des Vereinshauses des Berliner Lehrerevereins in Berlin O., Alexanderstr. 41, (in der Nähe des Stadthausplatzes Alexanderplatz), ein Preußischer Gemeindevorstandstag statt mit folgender Tagesordnung: 1. Die dienstlichen Anforderungen an die Gemeindevorstände, ihre Pflichten und Rechte. 2. Die Besoldungsverhältnisse der Gemeindevorstände Preußens und die wirtschaftliche Lage der letzteren im Verhältnis zu den unmittelbaren Staats- und den Reichsbeamten. 3. Reformbedürftigkeit des Kommunalbeamtengehaltes.

Der Halleseer Bienenverein, Bienenklub, hielt unlangst seine Monatsversammlung ab, in der u. a. die Anschaffung eines neuen Kennzeichens beschlossen wurde. Der Verein hat für die bevorstehende Ruberisation einen Ruberlehrer engagiert, um seinen Mannschaften wieder eine gute technische Ausbildung wie im Vorjahre zufommen zu lassen. Die Mitglieder betätigen sich trotz der ungnädigen Witterung immer noch im Rubern. Ebenso sind Turnübungen und Fechtübungen, so daß die Vereinsmannschaft in guter Kondition das Training aufnehmen dürfte. Auch der Geselligkeit wird in den Wintermonaten durch Zulassung von Sonntag im Bienenklub und am Sonnabend im Reichshaus Rechnung getragen. Ein fasslicher Zuwachs an neuen Mitgliedern gibt dem Verein, der in diesem Jahre auf ein fünf- und zanzigjähriges Bestehen zurückblickt, zu den schönsten Hoffnungen Berechtigung.

Kaisergeburtstagsfeier in Wittenberg. Wie alljährlich findet im Kurial auf Bad Wittenberg zur Feier des Geburtstages des Kaisers ein Festmahl statt. Anmeldungen zum Diner nimmt der Kursaal-Wirt entgegen.

Der Ortsverband der deutschen Gewerbetreibenden H.-D. hält am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, im Restaurant Passage seine erste diesjährige Ortsverbandsversammlung ab. Die Tagesordnung weist einige wichtige Punkte auf.

Die Ortsgruppe Halle a. S. des Zentralverbandes der Hilfs- u. Transportarbeiter Deutschlands hält ihre Generalversammlung am Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, im Markgrafen, Brüderstr. 7, ab. Ueber die Tagesordnung stehen u. a. Wahl des Vorstandes und der Kuratelbelegierten, sowie Geschäftsbericht. Nationalgewinnlose, unorganisierte Arbeiter, die sich einer Berufsorganisation anschließen wollen, sind eingeladen.

Provinzial-Nachrichten.

Gewitter im Januar.

Hann (Hsz), 12. Jan. Nachmittags 1 1/2 Uhr wurden im Norden zudende Wolken mit fröhlichen Donnerlärm wahrgenommen; das Gewitter endete mit Schneegelöber um 4 Uhr. Nach dem Unwetter zeigte sich eine seltsame Färbung am nördlichen Horizont.

Freiburg, 12. Jan. Der gewaltige Schneesturm, der heute nachmittag über unsere Gegend tobte und sich zeitweise zum Orkan steigerte, hat zumal auf den Höhen Schäden an Häusern und Bäumen angerichtet. So wurde auf der Reutenburg das Dach des berühmten Schloßbrunnens, der „zweihundertjährige Eichenstiel“, noch heute allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zieht — sein Bau wurde im Jahre 1688 begonnen —, vollständig zertrümmert, wobei betraute ein vorüberfahrendes Gefährt der Weihenfelder Brauerei Wirth zu Schaden gekommen war.

Die reiche Parre Stumsdorf.

Stumsdorf, 11. Jan. Wie mannehst jenseit, beschäftigt die obere Kirchenbehörde, die hiesige durch den Tod des Pfarrers Dienemann erledigte, sehr reich dotierte Pfarrstelle zu teilen, dergestalt, daß die Kirchengemeinden Nieba und Schrenz mit Siegelndorf abgetrennt und zu einer eigenen Pfarodie vereinigt werden, während Stumsdorf mit Werben ein Kirchspiel bilden soll. Das Einkommen der letztgenannten Pfarrstelle Stumsdorf-Werben wird dann noch immer 10 538,60 Mk. neben freier Amtswohnung betragen.

Mehr Tanzmuffen.

Bernburg, 13. Jan. Die Herzogliche Regierung hat die hauptsächlichsten Polizeiverwaltungen ermächtigt, für jedes Tanzlokal einen dritten Sonntag im Monat zu öffentlichen Tanzmuffen freizugeben, wenn dies seitens der Inhaber der betreffenden Lokale beantragt wird. Wobei dürfen im Monat zur Veranstaltung öffentlicher Tanzmuffen seitens der Polizeiverwaltungen nur zwei Sonntage freigegeben werden.

Bienenkolonien.

Bessau, 12. Jan. Auf ein Erlauchen des Bienenzüchtereis von hier und Umgebung hat sowohl die Herzogliche Regierung als auch der hiesige Magistrat die Errichtung von Bienenkolonien zugestimmt. Ertere wird in dem Pfanzgarten am Banbau eine Bienenhütte aufstellen lassen, wofür als Vacht jährlich pro Volk der Betrag von 20 Mk. bezahlt werden soll, letzterer wird im Süden der Stadt einige Schrebergärten zur Verfügung stellen.

Es wird es strebenden Inzern möglich sein, in ihren freien Stunden Bienenzucht zu treiben, da im Innern der Stadt Bienenwäher und Nachbarn häufig gegen die Bienenhaltung auf Höfen und in Gärten Beschwerde führen.

X Nummern, 13. Januar. (Unfall.) In den Elektrochemischen Werken hier heute dem Maurer Bieler eine schwere Verletzung auf die Beine. Er erlitt eine Verletzung und Blutunterlaufungen am Schenkel und wurde nach dem Bergmannstrost gebracht.

Naumburg, 12. Jan. (Die Stadterordneten) lehnten einen Antrag, für die vom Erdbeben Betroffenen 500 Mk. zu bewilligen, ab, da private Hilfe genügend getan habe.

+ Naumburg, 12. Jan. (Frau Staatsminister v. Böttcher.) die sich längere Zeit in Italien befand, wird wieder hierher ziehen; sie wird die Kurie Domplatz 14 (die curia Levini) beziehen.

* Schleichungen, 12. Jan. (Zu Tode geprügelt.) In Wittenhausen wurde am vergangenen Sonntag ein junger Mann von Burden aus Dillstedt derartig geprügelt, daß heute sein Tod eingetreten ist. Auf der Tat verdächtige junge Arbeiter wurden heute in das Silber Gefängnis gebracht.

(f) Pretzin, 12. Jan. (Kammentod.) Am vergangenen Sonnabend gegen abend hatte die Ehefrau des Hofmeisters Th. auf Domäne Wittenburg ihr zwei Jahre

Lezte Nachrichten.

Arbeitslosen-Innrhen in Leipzig.

H. Leipzig, 13. Jan. In einer durch Anarchisten einberufenen Arbeitslosenversammlung nahmen etwa 1400 Personen teil. Nach Schluß der Versammlung zogen die Massen losend durch die Straßen zum Rathaus. Ein hartes Schussmannschießwort war nötig, um die Menge vom Rathaus abzubringen. Eine Deputation an den Oberbürgermeister wurde nicht empfangen. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Schiesserei

an der türkisch-bulgarischen Grenze.

Konstantinopel, 13. Jan. Ein türkischer Soldat und ein Unteroffizier wurden bei dem Blockhaus Iskol von den Bulgaren angegriffen, weil sie angeblich die Grenze überschritten hatten. Der Soldat wurde getötet, der Unteroffizier verwundet. Eine Abteilung von 30 türkischen Soldaten ist zur Unterjagung abgeandt worden.

Die Verhaftung von Reaktionären in Konstantinopel.

Konstantinopel, 13. Jan. Zu der Hausjuchung in der Redaktion des reaktionären Blattes „Sukuti-umumi“ wird noch berichtet, daß die Redakteure Mitglieder des revolutionären Komitees waren. 31 Verhaftungen wurden vorgenommen. Unter den Verhafteten befinden sich 3 Offiziere, 1 Unteroffizier, Redakteure und Angestellte des Blattes. Das revolutionäre Komitee wird beschuldigt, Waffen und Munition unter den Anhängern verteilt zu haben.

Ministerwechsel in Serbien.

Sofia, 13. Jan. Im Ministerium werden mehrere Veränderungen stattfinden. Papprikoff, dessen Befinden sich verschlechtert hat, wird demissionieren. Das Ministerium übernimmt Saalchew. In das Finanzministerium kehrt wieder Liachschew zurück.

Vom Tiroler Erbeben.

Wz. Göttingen, 13. Jan. 2 Uhr 15 Min. nachm. (Privattelegramm.) Das aus Tirol gemeldete Erbeben ist auch von der hiesigen Erbebenwarte registriert worden. Seine Dauer betrug 5 Sekunden in einer Entfernung von ungefähr 600 Kilometer; die Ausdehnung betrug 3/4 Millimeter. Unschädlich verhaftet.

Frankfurt a. M., 13. Jan. Der Bezirksfeldwebel Gohsmann, der, wie gemeldet, von der Militärbehörde in Frankfurt gemeldet war, weil er Reservisten gegen Bezahlung von Übungen befreit haben sollte, wurde auf freien Fuß gesetzt. Seine Schuldlosigkeit ist erwiesen. Die Verhaftung erfolgte auf eine falsche Denuntiation.

Kirchenraub.

H. Frankfurt (Main), 13. Jan. In der Nacht wurden, wie aus Fulda berichtet wird, alle Opferstöcke erbrochen und beraubt.

Verhafteter Betrüger.

Miesbaden, 13. Jan. Gestern um Mitternacht wurde hier der angebliche Bergwerksdirektor Konrad, der nach Betrügereien im Betrage von Tausenden flüchtig war, verhaftet.

Mord.

Kattowitz, 13. Jan. Zwei Arbeiter überfielen einen Werkmeister und schlugen ihn mit einer eisernen Stange tot.

Unterhaltungsblatt.

Sündige Mütter. Roman von Anno Wehse. (Fortsetzung.) — Rodelschütz. Erzüge von B. Herrmann. — Bunte Zeitung: Im Ocean verfunkenen Schätze. Die bogenden Jungfrauen. — Literatur.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Banden.

New York	13. 12.	Chicago	13. 12.
Weizen p. Mai	109 1/2	Weizen p. Mai	108 1/2
Mais p. Mai	69 1/2	Mais p. Mai	67 1/2
Mehl Sprünge clear	4.25	Häfer p. Mai	5.11
Kaffee Fair Rio Nr. 7	6.02	„ Juli	4.98
„ „ Jan.	5.85	„ Roggen p. Mai	7.74
„ Febr.	5.70	„ Schmalz p. Jan.	9.50
Peabody in Cases	10.90	„ „	9.70
do. in New York	8.50	„ „	8.50
do. in Philadelphia	8.45	„ „	8.45

Tendenzen: Weizen fest, Mais stetig.

Wasserstände.

(4 bedeutet über, - unter Null)

Station	12. Jan.	13. Jan.	14. Jan.
Arena, Bräunepögel	+0.80	+0.80	+0.80
Nebra, Unterpegel	+1.92	+1.92	+1.92
Weissenfels, Oberpegel	+4.90	+4.90	+4.90
Froitzsch, Unterpegel	+0.80	+0.80	+0.80
Alaisden, Oberpegel	+1.80	+1.80	+1.80
Berzburg, Unterpegel	+0.92	+0.92	+0.92
Herrnhut, Unterpegel	+0.48	+0.48	+0.48
Kaibitz, Oberpegel	+1.31	+1.31	+1.31
da, Unterpegel	+0.92	+0.92	+0.92

Isar. Eger. Elbe. Moldau.

Station	Jan.	Febr.	März
Budweis	+0.50	+0.50	+0.50
Jungbunzl.	+0.50	+0.50	+0.50
Laun	+0.48	+0.48	+0.48
Parbitz	+0.78	+0.78	+0.78
Brandeb.	+0.44	+0.44	+0.44
Melnik	+0.66	+0.66	+0.66
Lehrnitz	+0.44	+0.44	+0.44
Aussig	+0.56	+0.56	+0.56
London	+2.80	+2.80	+2.80

altes Löcherchen auf ganz kurze Zeit ohne Aufsicht allein in der Stube gelassen. Während dieser Zeit hatte das Kind an der Tischdecke gezogen und die dort liegende brennende Petroleumlampe umgeworfen. Obgleich ärztliche Hilfe sofort zur Stelle war, hat das Löcherchen doch so schreckliche Brandwunden davongetragen, daß es nach zwei Stunden starb.

Magdeburg, 12. Jan. (Vom Torpfeller erzählten.) In Budau führte die Bauer eines Lorneges ein, gegen den ein Heunagen fuhr, und begrub unter sich den dort spielenden Sohn des Bahnhauptmanns Bischof. Der Knabe wurde sofort getötet.

S Eilenberg, 12. Jan. (0.0 Prozent.) Ein Konfuzer, bei dem überhaupt nichts an der vorerhaltenen Gläubiger verteilt werden wird, ist über das Vermögen des Kaufmanns Köhr, Inhaber der ehemaligen Holzwarenfabrik Dade & Köhr. Die Masse beträgt 396 M., Forderungen sind dagegen 21 412 M. vorhanden. Nur die bevorrechtigten Forderungen werden eine kleine Befriedigung erhalten.

□ Kahl, 13. Jan. (Beim Robelen) fuhr ein Knabe des Mühlenselners Fiedler in den geistlichen Teich der ersten Leubengrundmühle und verschwand im Wasser. Die Mutter und ein Mann sprangen dem Knaben nach, konnten ihn aber nicht retten. Sie schwebten selbst in Lebensgefahr.

+ Apolda, 12. Jan. (Es Sternidel übera!!) In dem benachbarten Wormitz sprach gestern ein Müllergeheule um eine Gabe in der Mühle vor. Als er sie empfangen hatte, legte er seine Welle in der Richtung auf Ecksdorf fort. Raum war er dort eingetroffen, so entstand eine große Bewegung im Dorke. Unter Führung von Aderbürgern aus Wormitz, die ihm zu Wagen nachgefolgt waren, wurde eine förmliche Jagd auf ihn gemacht, er schließlich gefesselt und festgenommen, weil man zu der Ueberzeugung gekommen war, daß man es mit dem verächtlichen Müllergeheule Sternidel zu tun hatte, zumal er etwas sahn ging und einen Fescher am Arm hatte. Bald stellte es sich aber heraus, daß man wieder mal flaut des Geistes einen ganz harmlosen Menschen festgenommen hatte, den man sofort wieder laufen lassen mußte.

— Bernburg, 12. Jan. (62 B e w e r b u n g e n) um die durch den Wegzug des Stadtrats Reib nakant gemordene Stelle sind hier eingelaufen.

□ Chemnitz, 13. Jan. (Der Aufsichtiger Paul Spiegel) hat eine Erfindung gemacht, die es ermöglicht, mit dem Freibrillor durch ein der Gondel angebrachte Vorrichtung selbst bei starkem Winde ohne Hilfe von Personen zu landen, so daß eine Schiffsahrt auf dem Boden vermieden wird. Dadurch wird auch die bei der Landung bisher benutzte Reizeit überflüssig.

Gerichtsverhandlungen.

Bergweilungelast einer Mutter.

Esfurt, 12. Jan. In der heutigen Schwurgerichtsverhandlung hatte sich die 35 Jahre alte Frau Anna Popp geb. Hepplich wegen Mordverleumdung zu verantworten. Als Verleiderin hielt ihr Rechtsanwält Dr. Köhler zur Seite. Der Angeklagte wird zur Zeit gefesselt, daß sie am 4. September 1909 in Esfurt verhaftet wurde. Die gegenwärtige Angeklagte erklärt, daß sie seit 14 Jahren mit ihrem Manne, einem Zimmerpolier, in unglücklicher Ehe lebe, daß sie, da ihr Mann oft keine Arbeit habe, in Not geraten sei. Infolge dessen hätten sie keine Miete zahlen können, und der Wirt habe ihnen deshalb mit Ermittlung gehandelt. Dies alles habe in ihr den Entschluß gereift, ihre jüngsten vier Kinder durch Kohlen gas zu vergiften und sich dann selbst das Leben zu nehmen. Sie schildert dann eingehend, in welcher Weise sie es angefaßt hatte, ihren Entschluß auszuführen, und entrollt bei ihrer weiteren Vernehmung ein trauriges Bild von ihrem Leben. Es gelangte ein Schreiben zur Verlesung, das die Angeklagte aus der Untersuchungshaft gerichtet hat und in dem sie eingehend schildert, wie sie mit den Kindern durch das schleichende Leben ihres Mannes in bittere Not geraten sei. Die Angeklagte erklärt noch, daß sie jetzt Jahren bereits mit der Aussicht umgegangen sei, ihre Kinder und sich selbst um Leben zu bringen.

Der Zeuge und Sachverständige Dr. med. Wolff sagt aus, daß er an jenem Tage telefonisch nach der Wohnung der Angeklagten in der Hermannstraße gerufen worden sei und die Kinder bedauert vorgefunden hätte; es sei jedoch gelungen, sie zu retten. Die Angeklagte erklärt noch, daß sie ihr Vorhaben in der Weise habe ausführen wollen, daß sie glühende Kohlen in einen Eimer gethan und darauf Wasser gegossen habe in der Meinung, daß er sich dadurch entwickelnde Rauch den Tod ihrer Kinder beschleunigen werde, was nach der Ansicht des Sachverständigen auch eingetreten wäre, wenn nicht durch den Mann der Angeklagten noch rechtzeitig die Fenster geöffnet worden wären.

Es sei noch bemerkt, daß die Angeklagte aus guter Familie stammt und auch in ihrer Jugend bessere Tage gesehen hat. Der Staatsanwalt beantragte die vom Vorstehenden gestellten Fragen, ob der Klagebeleg mit Wissen und Ueberlegung vorliegt, zu bejahen. Der Verteidiger hat die Geschworenen, die Frage nach Ueberlegung zu bejahen und die Angeklagte zu bejahen. Hierauf sagten sich die Geschworenen zur Beratung zurück. Der Wahlprüfer der Geschworenen lautet dahin, daß die Angeklagte des Tötungsversuchs mit Vorbehalt, aber ohne Ueberlegung schuldig sei und ihr mildere Umstände zu bemerken seien. Das Gericht verurteilte die Angeklagte wegen Tötungsversuchs zu sechs Monaten Gefängnis und stellte den Geschworenen anheim, für die Verurteilung ein Gnadengesuch einzureichen.

Vermischtes.

Die Erbeben-Katakrophe.

Die mit großer Erregung aufgenommene dramatische Mahregel des Generals Magge, die in Messina zurückerbliebenen Einwohner durch die Entziehung von Lebensmitteln zur Entfernung zu zwingen, ist wie aus Rom gemeldet wird, aufgehoben. Viele Einwohner wollten lieber hungern, als die Trümmerhaufen ihrer Häuser und die Gräber ihrer Lieben zu verlassen. Jetzt ergibt sich über die Ruinen Messinas ein Strom der Bureauten, der natürlich mehr hören als nützen wird, logar ein Studien-direktor aus dem Unterrichtsministerium ist eingetroffen, ein gerade in diesem Augenblick höchst überflüssiger Besuch. Der Leiterartikel des sozialistischen Organs „Avanti“ schlägt vor, die Spenden der ausländischen Privatpersonen zusammen mit denen der italienischen Bürger zu verwenden. Aus den Spenden der ausländischen Staaten möge eine große Stiftung

für Witwen, Waisen und Greise stiftet werden, die auch bei künftigen Katakropfen in Wirklichkeit zu treten habe. Der nach Sizilien bestimmte spanische Kreuzer „Arcifera“ mußte nach einer Weile aus Madrid wegen Unmeters Kosas anlaufen. Die Sammlungen in Spanien nehmen einen guten Fortgang und sind oft für das Leben Spaniens charakteristisch. Der „Herold“ eröffnet nach Beispiel eine Sammlung. Er verriecht, daß der bekannte Bildhauer Benlliure gratis die Büste eines der durch das Los zu bestimmenden Geber anfertigen wird. Wohnt jeder Geber auswärts, so besaßt der „Herold“ alle Hofstellen, die Theaterloge und die Wagen während seines Aufenthaltes in Madrid solange die Sitzungen im Atelier Benlliures dauern.

Die türkische Deputiertenkammer bewilligte 200 000 Francs für die Opfer der Erbebenkatakrophe auf Sizilien und Kalabrien.

Erbeben in Norditalien und Südtirol.

Erdböße sind gestern nacht in Norditalien und Südtirol verspürt worden, ohne daß jedoch Menschenleben zu beklagen sind. Hierzu wird gemeldet:

Rom, 13. Jan. Um 2 Uhr morgens wurden heftige Erdböße in Venedig, Treviso, Mailand, Padua und Genua verspürt. Ueberall herrschte große Panik. Soviele bekannt wurden nur in Neogiano (Treviso) Geländebefahren verursacht. Menschen wurden nicht verletzt. In Rom machten diese Erbebennachrichten einen überaus schmerzlichen Eindruck.

Mailand, 13. Jan. Hier wurde heute nacht um 1 Uhr 50 Minuten eine leichte Erbeberstüttung verspürt, die aber auf die Bevölkerung keinen starken Eindruck machte. In Bologna, Venedig, Verona, Reggio, Emilia und Mantua scheint dagegen das Erbeben weit härter gemeldet zu sein, da aus allen diesen Städten gemeldet wird, daß die Einwohner, von panikartiger Schrecken erfaßt, auf die Straße eilten. Schäden wurde nirgends angerichtet.

Arco, 13. Jan. Nachts um 2 Uhr trat ein ziemlich heftiges Erbeben in Arco und Riva mit starkem Getöse auf. Viele Häuser stürzten auf die Straße. Schäden wurde nicht angerichtet.

München, 13. Jan. In allen Teilen des südblichen und nördlichen Tirol wurden heute nacht zum Teil äußerst heftige Erdböße verspürt. In San Martino stürzten die Leute aus den Häusern. Auch in Udine war die Erbebewegung stark. In Innsbruck wurden gestern abends 9 Uhr 20 Minuten und nachts um 1 Uhr 45 Minuten mehrere heftige Erdböße verspürt, bei denen man das Schwanken von Gegenständen wahrnehmen konnte. Die Richtung des Bebens war von Nord nach Süd. Wie in München eingetroffene Reisende berichten, war das Erbeben in Südtirol beforregender.

Amansich Einbrecher hinter Schloss und Riegel. Eine zwanzigjährige Einbrecherbande ist mit ihren Helfern in Berlin von der Kriminalpolizei verhaftet worden. In der Spitze der Gesellschaft, die im Norden und anderen Stadtvierteln über hundert Einbrüche verübte, stand ein früherer Arbeiter Paul Gehle, der in seinen Kreisen den Titel des „Einbrecherkönigs“ führt. Zusammen mit diesen Dieben arbeitete eine Gastwirtin, Frau Schradler. Sie nahm die gestohlenen Sachen in Empfang und verkaufte sie dann weiter dem Zigeunerhauptmann Koller. Als sich die gesamte Gesellschaft bei der Hehlerin zu einem fröhlichen Gelage zusammengefunden hatte, wurde sie von der Polizei überrascht und verhaftet.

Eine Neugierstorte als Selbstmordmotive. Der Arbeiter Stöhr in Stettin hat Selbstmord begangen. Die Ursache bildet eine Neugierstorte; die einige Frauen angeblich im Auftrage eines früheren Geliebten der Ehefrau des Arbeiters an diesen abgehandelt hatten. Infolge dieser Rarte entzündete eheleiche Zwistigkeiten, die schließlich zu dem Selbstmord Stöhrs führten.

Ein eigenartiger Fall von Weidenfärbung hat sich in Ergolding zugegetragen. Dort starb dieser Tage der effährige Sohn eines Tagelöhners. Bei der Eintragung der Leiche zeigte es sich, daß der Sarg zu kurz war. Der Schreinermeister Richter hatte, um dem Uebelstand abzuwehren, kurzerhand mit einem Beil der Leiche beide Füße abh. Dies geschah mit Wissen und Willen des Vaters. Der Vorfall beschädigt bereits die Staatsanwaltschaft.

Spirituosen und Jölnner. Eine merkwürdige Geschichte wird aus Melbourne gemeldet: Dort hatte ein Millionär ein spiritistisches Museum eingerichtet, mo alle die seltsamen, zum Teil sehr kostbaren Sachen angeammelt wurden, die die Medien der dortigen spiritistischen Gesellschaft „materialisierten“. Besonders ein Medium, Bailey mit Namen, zauberte seltsame Wandernadeln, gefälschte Eisenmarnen, seltenen Goldschmuck und allerlei derartige Kostbarkeiten in großen Mengen aus der künstlichen Feinsternis im Verfallungsstadium der Spirituosen bald über den kleinen Kreis der Gläubigen hinaus in die Welt drauß. Die ersten eines Tages ein unglücklicher Jölnner und wollte die Hypothese mit Beschlag belegen. Diese Handlung eines allzu eifrigen Beamten hat die Regierung in große Verlegenheit gesetzt, denn sie muß bewilligen, daß die fraglichen Gegenstände, wie es im Gesetze heißt, mit der Post oder als Frachtgut mit Schiffen in Australien gelandet wurden. Die Spiritisten aber schwören, die Sachen seien ihnen durch Geister aus der Luft besetzt worden.

Ein Priester als Mörder. In Karthago (Nordamerika) verübte ein Methodistenprediger John Carmichael Selbstmord, indem er sich die Kehle durchschneidete. Er hinterließ ein Schreiben, worin er sich als der Mörder eines gewissen Gibson Broming bekennt, der vor einigen Tagen aus der Gesellschaft Ruffe Mann in Michigan verschunden war. Der Priester gestand er habe seinen Freund ermordet, die Leiche vergraben und dann verbrannt. Als Motiv zu der grauenvollen Tat gibt er an, daß er aus Rache gehandelt habe, weil sein Freund ihn hypnotisiert und sich vergriffen gemacht hätte. Der Priester war ein bekannter Schriftsteller und schrieb aufsehenerregende Romane.

Stellung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport Eugen Rintmann; für das Feuilleton und Vermischtes Paul Schauburg; für den Handelsteil: Ermin Alexander; für den Interentenil: Friedrich Edelrat; Druck und Verlag von Otto Sendeil. Sämtlich in Halle a. S.

— Viele Nummer umfasst 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsblatt“.

2. Ziehung I. Klasse 220. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 13. Januar 1900, nachmittags.

Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Table of lottery results for the first class, listing winning numbers and their corresponding prizes.

2. Ziehung I. Klasse 220. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 13. Januar 1900, nachmittags.

Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Table of lottery results for the second class, listing winning numbers and their corresponding prizes.

14000er bis 1200er 2. Klasse 220. Königl. Preuss. Lotterie.

Table of lottery results for the second class, listing winning numbers and their corresponding prizes.

reits in Kürze bekannt werden wird. Die Einberufung zur Liquidation...

A. Wertheim, Berlin, mit Zweigniederlassungen in Strausund Rostock. Gesellschaftsleiter: Georg, Wilhelm, Franz Josef und Wolf Waldemar Wertheim.

Prämien-Kursbericht

der Bankfirma Samuel Zielenziger, Berlin. Telegramm-Adresse: „Bahnenbank Berlin“.

Die Firma war heute zu nachstehenden Sätzen Verkäufer für Vorräthe bzw. Käufer für Rückprämien.

Table showing exchange rates for various currencies and locations, including Lombard, Amsterdam, and London.

Nachfrage- und Angebot-Preise von Kaffee-Kurzen.

von Samuel Zielenziger, Berlin und Essen, 13. Jan.

Table showing coffee prices for various origins like Adier-Kaffee, Borneo, and Java.

Waren und Produkte.

Berliner Produktionsberichte. 13. Jan. Am Frühmarkt notierten...

Text describing market conditions for various goods, including wheat and oil.

Zucker.

Table showing sugar prices for different grades and origins.

Kaffee.

Table showing coffee prices for various grades and origins.

Fettwaren und Oele.

Köln, 13. Jan. Babol loko 66,50, per Mai 62,00.

Wolle.

Bremen, 13. Jan. Baumwolle still, Opt. loko mittl. 47 1/2 Pf.

Berliner Viehmarkt.

Berlin, 13. Januar. (Mittelschweine-Schlachthofmarkt).

London, 13. Jan. Chili-Kupfer steigt 6 1/2%, 3 Mon. 65 1/2%.

Handel, Gewerbe, Börse.

Berliner Börse. Bei Schluss der gestrigen Börse notierten: Kredit 197,87, Diskonto 181,12, Deutsche Bank 242,37, Kanada 175,87, Paketakt 117,75, Nordl. Lloyd 90,75, Russische Anleihe von 1902 83,25, Laurahütte 109,75, Bochumer Guß 244,37, Hartmann 195,50, Gelsenkirchen 191,75, Berliner Handels-Gesellschaft 169, Baltimor 109,70, Dübnitz 78,50, Dresdener Bank 109,75, Schiffbau-Anleihe 133,75, Lombarden 18,10, A.-E.-G. 219,70, Siemens & Halske 200,37, Deutsche Uebersee 146,90. - Tendenz: Schwächer.

Wasser 2. Badburger Welle 1.50, Harburg-Wien Gummi 2.50.

Text describing market conditions for various goods, including water, rubber, and other commodities.

